

Sektion Politische Soziologie: Politiken der Unterscheidung (Einleitung)

Hitzler, Ronald

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hitzler, R. (1997). Sektion Politische Soziologie: Politiken der Unterscheidung (Einleitung). In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1996 in Dresden ; Band 2: Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren, Fedor-Stepun-Tagung* (S. 395-396). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-376679>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

XV. Sektion Politische Soziologie

Leitung Ronald Hitzler

Politiken der Unterscheidung

1. Einleitung

Ronald Hitzler

In den Öffentlichkeits-Arenen pluralistischer Gesellschaften wird gegenwärtig viel über das Problem der Integration und damit über Konsensfindung und Konsensbildung diskutiert. Konsensuelles bzw. Konsensfähiges scheint also allenthalben hochgradig formulierungsbedürftig zu sein. Die Artikulation von Dissens, die Betonung von Differenzen, die Bezeichnung von Abgrenzungen hingegen stellt für die institutionalisierte Politik (und die sie ›kritisch‹ kommentierende ›Kommunikatorenklasse‹ unter den gegebenen repräsentativdemokratischen Bedingungen eine heikle Thematik dar: Die Notwendigkeit, ein mehrheitsfähiges ›Profil‹ zu zeigen, bewirkt bei allen auf breite Wählerzustimmung abzielenden Parteien und Politikern jenen (strategisch kalkulierten) ›Drang zur Mitte‹, der ideologische Grenzziehungen nur (noch) hin zu den Rändern quantitativ vernachlässigbarer und/oder eindeutig diskreditierter Sonder-Milieus empfiehlt.

Das alltägliche Miteinander der Menschen ist aber wenigstens ebenso sehr geprägt durch die Betonung und die Inszenierung von Unterschieden. Und in dem Maße sozusagen, in dem Menschen auch ihre alltäglichen Antagonismen nicht (mehr) nur als ihre sozusagen schicksalhaft auferlegten oder individuell zu verantwortenden Privatangelegenheit ansehen, sondern als vielfältig mit allen möglichen historischen ›Umständen‹ und sozialen Randbedingungen vernetzt begreifen, politisieren sie eben dadurch diesen ihren Alltag und irritieren – vor allem durch die Aufkündigung gewisser Grundeinverständnisse – sozusagen beiläufig den Ordnungsanspruch der hierauf spezialisierten Institutionen (einschließlich ihrer ebenfalls institutionalisierten Kommentatoren). Das heißt, daß sich die soziale Gestaltungsmacht vom politischen System weg- und hinverlagert auf die Kontroversen zwischen je thematisch interessierten Akteurskonstellationen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Feldern: in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Rechtsprechung, der Medizin, der Medienöffentlichkeit, im Privatbereich, im Generationen- und Geschlechterverhältnis, in Interessen- und Berufsgruppen, in Bürgerinitiativen, in neuen sozialen Bewegungen usw.

Konsequenterweise stehen im Zuge des daraus resultierenden Macht- und Funktionsverlustes des Staates zunehmend auch die Regeln des Zusammenlebens der Menschen selber (wieder) zur Disposition. Und dies wiederum erfordert eine neue Begriffs- und Sachverhaltsbestimmung des Politischen: Politik kann – muß nicht – jederzeit und allerorten von allen gemacht werden, die warum und woraufhin auch immer situative Chancen und/oder Notwendigkeiten für Entscheidungen und damit oft auch für Unterscheidungen erkennen (können – und wollen).

›Politiken der Unterscheidung‹ meinen somit vor allem anderen: Auseinandersetzungen um (das Finden von) Entscheidungen über antagonistische Partialinteressen. Dabei geht es um ›Verteilungskämpfe‹ aller Art: um materielle Güter, um Weltdeutungen, um Individual- und Kollektiv-Identitäten, um Lebensgewohnheiten und -qualitäten, um soziale Räume, Zeiten und Ressourcen, um Gestaltungschancen, um Grundsatz- und Detailfragen. Infolgedessen läßt sich ›jenseits‹ scheinbarer institutioneller Stabilitäten ein hektisches Durcheinander vielfältiger, vielfach antagonistischer Ideologien und ideologischer Kombinationen, Mixturen und Melangen auch von systemorientierten Analytikern kaum noch übersehen: ein alltagsprägendes, tendenziell intolerantes Durcheinander, das sich zunehmend auch als Brutstätte zunehmender zwischenmenschlicher Militanz entpuppt – im Rekurs durchaus auf alle denkbaren Formen des je ›richtigen‹ Bewußtseins und des ›guten Gewissens‹.

Gefragt wurde bei der Sektionsveranstaltung dementsprechend vor allem, wie sich im Hinblick auf so verstandene Politiken der Unterscheidung ›neben und unterhalb‹ des strukturellen Dilemmas von Parteien und Politikern, nach dem (vorläufigen) Ende der großen Ideologien ihre Profilierungsprobleme (medial) zu ›managen‹, alte Distinktionskonzepte (neu ›gewandete‹) regenerieren und neue Distinktionskonzepte ausbilden und legitimieren.

2. Freund versus Feind, Oben versus Unten, Innen versus Außen. Kommen wir auch ohne antagonistische Unterscheidungen bei der soziologischen Bestimmung des Politischen aus?

Dirk Kaesler

In der Langfassung meines Beitrags gehe ich folgenden drei Fragen nach:

- Zum ersten beschäftige ich mich mit drei unterschiedlich weiten Begriffen von »Politik«, die mir von derzeit ausschlaggebender Bedeutung für einen *soziologisch* zu fassenden *Politik-Begriff* zu sein scheinen.
- Zum zweiten setze ich mich mit den *antagonistischen Prämissen* jenes Politik-Begriffs auseinander, der in unserer Sektion konsensfähig geworden zu sein scheint.
- Von dort gelange ich, drittens, zu Überlegungen über die *Problematik der zweiwertigen Logik*, die nicht nur diesen Politik-Begriff zu beherrschen scheint, sondern die gesamte gegenwärtige wissenschaftliche Soziologie.

1. Zur Diskussion eines soziologischen Begriffs von »Politik«

In den vergangenen Jahren war das binnenwissenschaftliche »Profil« der (ehemaligen) Arbeitsgruppe »Soziologie des politischen Handelns« das eines »entkonventionalisierten« Politik-Begriffs. Ausgangspunkt war die einhellige Meinung, daß es für eine *soziologische* Auseinandersetzung mit »Politik« nicht angehen kann, Politik *allein* von den traditionellen Entscheidungskontexten und Institutionen her zu analysieren.